

Keine Parteiwerbung

Sie haben 2 Stimmen

Erststimme

DEMOKRATIE



Zweitstimme

MENSCHENWÜRDE



Wahlkreis 287 Konstanz

Bundestagswahl am 23. Februar 2025

Alles AfD, oder was?

Nee!

Wir sind 80 Prozent!

Sie schüren Angst, sie sagen dir, andere nehmen dir etwas weg, das dir gehört. Doch wir sind nicht dumm. Wir lassen uns nicht spalten und ausgrenzen. Wir sind zusammen zur Schule gegangen, wir arbeiten zusammen, wir sind im gleichen Verein, wir sind Nachbarinnen und Nachbarn.

Wir wollen Spaß miteinander haben. Deutschland sind wir alle! Das ist ein gutes Gefühl. Niemand ist allein. Komm auf die bunte Seite der Macht. Demokratie hat große Mehrheiten. Andere haben den rechten Rand. Wer mag, kann zu uns in die Mitte der Gesellschaft kommen und sich feiern lassen.



Vorwort

Liebe Bewohnerinnen und Bewohner
des Landkreises Konstanz,

wir geben Ihnen dieses Magazin zur Bundestagswahl am 23. Februar 2025 an die Hand, um uns einzumischen. Wir sind, wie Sie, Bürgerinnen und Bürger aus dem ganzen Wahl- und Landkreis Konstanz. Wir sind weder mit unseren Inhalten noch finanziell von Parteien beeinflusst. Wir sind Privatpersonen aus der Zivilgesellschaft. Alle Beiträge sind von uns



*Grundwerte
und Zusammenhalt
im Landkreis stärken*

aus Sorge um die Demokratie und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft verfasst. Wir fühlen uns wohl in der Region und unter den Menschen, die hier leben. Das soll und muss so bleiben.

Getragen wird dieses Magazin von Mitgliedern der Bündnisse für Demokratie auf der Höri, in Radolfzell, in Singen, in Stockach und in Konstanz. Es soll in allen Landkreisgemeinden verteilt werden. Wenn Ihnen unser Magazin gefällt, geben Sie es an Freundinnen und Freunde, Nachbarinnen und Nachbarn oder Bekannte weiter. Unterstützen Sie uns mit einer Spende oder engagieren Sie sich selbst in einem der Bündnisse für Demokratie. Sie finden weitere Informationen auf den letzten Seiten dieses Magazins.

Wir geben hier nur eine Wahlempfehlung: Bitte stärken Sie bei der anstehenden Bundestagswahl mit Ihrer Stimme eine demokratische Partei und eine Kandidatin oder einen Kandidaten, die oder der zu unseren Grundwerten und allen Mitgliedern unserer Gesellschaft steht und nicht diskriminieren oder ausgrenzen will. Wählen Sie den Zusammenhalt in unserem Landkreis, in Deutschland und in einem gemeinsamen Europa für eine friedliche, sozial gerechte und lebenswerte Welt.

Haben Sie recht herzlichen Dank.
Anselm Venedey und Katrin Brüggemann

Wollen wir ...

Obergrenzen für Grundrechte?

Den Rechtsstaat abschieben?



Vor allem beim Thema Migration überbieten sich die Parteien mit Vorschlägen, die sich über Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit hinwegsetzen. Ungeachtet von Grundgesetz, geltendem Recht und Sachargumenten übernehmen auch Parteien der Mitte Parolen der *AfD* und versuchen, die Rechtsradikalen populistisch auf dem Pannestreifen zu überholen. Die öffentliche Meinung verschiebt sich so immer weiter nach rechts. Können Grundrechte wie das Recht auf Asyl eine Obergrenze haben? Wann wirbt endlich jemand mit Inhalten um die Stimmen der 80 Prozent, die auf dem Boden der Demokratie stehen – mit einer Politik gegen Fluchtursachen, für sichere Fluchtrouten und für die dringend nötige Migration in den Arbeitsmarkt?

Fühlen Sie sich von Geflüchteten umzingelt und bedroht? Flüchtlinge, „die Mutter aller Probleme“ ... wirklich? Zum Jahresende 2024 lebten laut Kreisverwaltung 1.379 Menschen in Geflüchtetenunterkünften des Landkreises Konstanz, die damit zu 79,25 Prozent belegt waren. Bei rund 295.000 Einwohnerinnen und Einwohnern im Landkreis Konstanz ist also jede 218. Person, die Ihnen begegnet, ein Mensch aus einer Geflüchtetenunterkunft. Nicht gerade viel, oder?

Die mit Abstand größte Gruppe unter den Geflüchteten machen Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine aus. Zum 31. August 2024 lebten 1.235.000 ukrainische Menschen in Deutschland. Sie genießen Schutz vor Krieg, müssen keinen Asylantrag stellen und sind auch gegenüber allen anderen Geflüchteten von der Politik bessergestellt. Die zweitgrößte Gruppe stellen Kriegsflüchtlinge aus Syrien. Nur rund ein Viertel von ihnen hat hier einen Asylantrag gestellt.



Müssen sie auch nicht, sie sind nach der UN-Flüchtlingskonvention schutzbedürftig. Wir würden auch vor Krieg und Tod fliehen, wenn hier Krieg herrschte. Es sind also die Fluchtursachen, die für Fluchtbewegungen sorgen.

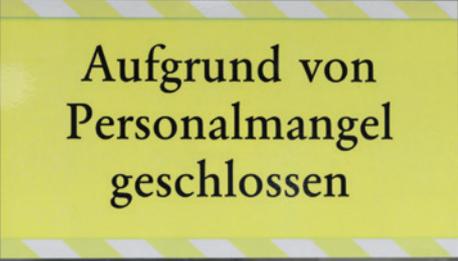
Die Zahl der „unmittelbar ausreisepflichtigen“ Asylbewerber und -bewerberinnen beläuft sich im Sommer 2024 in Deutschland auf 44.155 Menschen. Für viele von ihnen bestehen Abschiebehindernisse, beispielsweise weil in das Land, aus dem sie kommen, nicht abgeschoben werden kann, weil sie minderjährig sind oder krank. Die Asyldebatte dreht sich also um eine lächerlich kleine Gruppe, führt am Thema vorbei und lenkt von den wirklichen Problemen in Deutschland ab. Der AfD alles nachzuplappern, sichert weder den Frieden noch die Zukunft unseres Landes. Verantwortungsvolle Politik würde bedeuten, die Rechten mosern zu lassen und selbst die Ärmel hochzukrempeln.

Rund ein Drittel der Menschen in unserer Gesellschaft hat Migrationsgeschichte. Für viele von uns Deutschen ist es ein verheerendes Signal, wenn die Politik Migration ständig als Problem bezeichnet. Migration ist unsere Stärke. Wir alle sind Deutschland, die Säulen unserer Wirtschaft.

Demokratische Parteien sollten die Demokratie schützen, unsere Grundrechte und den Rechtsstaat bewahren.

Wie oft ist Ihnen schon
ein Messerstecher begegnet?

Wie oft, an der Verkaufstheke,
bei Handwerksarbeiten, im Gesundheitswesen,
in der Gastronomie, in ihrem Sportverein, einfach überall,
begegnen Ihnen Menschen mit Migrationsgeschichte?



Aufgrund von
Personalmangel
geschlossen

*Ohne Migration
können wir
den Laden dicht machen!*

Überall im Landkreis fehlen Arbeitskräfte.
Sie kennen das: Bäckereien schließen früher.
In der Arztpraxis fehlen Mitarbeitende. Es ist kein
Termin bei Handwerksbetrieben zu bekommen.
Alltag auf der Höri, Alltag in Engen. Alltag in Stadt
und auf dem Land im Landkreis. Menschen fehlen
überall. Die Politik hat keine Lösungen für Migration
in den Arbeitsmarkt und die selbsternannte
„Alternative“ will sogar Deutsche mit Migrations-
geschichte ausfliegen. Armes Deutschland!
Bei Wassermangel ein Drittel aus dem halbleeren
Eimer ausschütten. Super Idee!
Lass die halt mal machen?

Bloß nicht!

Abschottung löst unsere Probleme nicht. Unsere Gesellschaft ist leistungsfähig. Gemeinsam sind wir stark. Viele von uns haben eine Migrationsgeschichte. Du selbst? Deine Eltern? Woher kommen deine Großeltern? Aus Aach? Aus Aachen? Aus Arezzo? Aus Ankara?

Ich treffe mich mit Khaled Janoudi (35) aus Markelfingen. Er flüchtete 2015 zu Fuß aus Latakia im Norden Syriens nach Deutschland. Sein Bruder wurde im Krieg von einer Bombe getötet. Als Kriegsflüchtling mit Schutzstatus war er mein Nachbar in Hegne. Heute ist er deutscher Staatsbürger und arbeitet als ausgebildeter Erzieher in einem Kindergarten, angestellt bei der Stadt Radolfzell. Er stellt mich im Dezember 2024 seinen Eltern vor, die ihn erstmals während des Krieges besuchen dürfen. Sie sind für vier Wochen in Deutschland zu Besuch. Ich bin mit Khaled befreundet. Unsere Gesprächsthemen sind grenzenlos. Bei unseren Fachsimpeleien über die Fußball-Bundesliga sind wir allerdings nicht immer einer Meinung.

Gabriel Endurance (30) spielt Samstag für *PTSV Nordstern Singen-Schlatt*, und jeden Sonntag ist er in der Kirche. Er vertraut auf Jesus Christus, dass er bald wieder mit seiner Frau, die er zuletzt vor sieben Jahren gesehen hat, zusammenleben kann. Jeden Tag telefoniert er mit ihr, erzählt von seiner Arbeit und seinem Alltag in Deutschland. Sie hat in Nigeria Deutsch gelernt.

Gabriel Endurance wurde im April 2019 von der Patenorganisation des Landkreises Konstanz, der deutschen Seenotrettungsorganisation *Sea-Eye*, von einem überfüllten Schlauchboot mit 63 anderen Geflüchteten gerettet. Er kam zufällig nach Welschingen-Neuhausen bei Engen.

In diesem Frühjahr schloss er erfolgreich seine Lehre zum Stuckateur bei *Sauter GmbH* in Singen ab und wurde übernommen.



Landrat Zeno Danner mit Gabriel Endurance im Konstanzer Wolkensteinsaal

Gabriel Endurance sagt: „Wir wussten, dass wir auf dem Meer sterben können. Das nahm ich in Kauf. Wir hatten keine andere Wahl, als in der Nacht auf das Boot zu gehen. Libyen war die Hölle, ich habe Folter und sterbende Menschen gesehen.“

Über die vielen Geschichten von Khaled und Gabriel diskutieren wir kaum. Meine beiden Freunde sind aber die alltägliche, die wahre Begegnung mit Migration. Ganz im Gegensatz zu den Lügengeschichten, die immer wieder zu hören sind. Falsche Erzählungen, die bewusst gestreut werden, um mit Hass und Angst Politik zu machen. Nicht nur von Nazis.

Jürgen Weber

Hatten Sie schon einmal

Schwierigkeiten,

einen Arzttermin
oder ein Medikament zu bekommen?

Ist Ihr Krankenkassenbeitrag **gestiegen?**

Die Wartezimmer der Praxen sind überfüllt. Telefonisch ist oft kein Durchkommen, Termine sind schwer zu kriegen, genau wie manches Medikament. Dabei steigen die Versicherungsbeiträge.

Deutschland hat in Europa mit die höchste Krankenhaus- und Bettendichte, ein Drittel der Plätze ist jedoch nicht belegt, auch weil Personal fehlt. Stationen schließen, Insolvenzen drohen. Im internationalen Vergleich liegt die Zahl der Klinikaufenthalte dennoch auf Spitzenniveau. Oft werden auch unnötige Behandlungen durchgeführt, um den Umsatz zu steigern – auf Kosten der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler. Eine Reform unseres Gesundheitssystems ist dringend nötig. Sie wurde bereits eingeleitet.



Mit einer parteiübergreifenden Mehrheit wurde eine Krankenhausreform beschlossen. Sie regelt unter anderem die finanzielle Struktur neu, damit die Kliniken nicht mehr möglichst viele Patientinnen und Patienten behandeln müssen. Statt dessen soll die Qualität der Behandlung im Vordergrund stehen. Die *AfD* hat nicht zugestimmt, hat jedoch auch keine eigene Lösung. Sie lehnt lediglich eine Impfpflicht ab, die es sowieso nicht gibt. Zudem machten sich ihre Abgeordneten im Kreistag mit der Forderung nach Erhalt der Notfallpraxen im Landkreis lächerlich. Von deren Schließung war allerdings nie die Rede.

Eine grundlegende Reform bedeutet immer auch Abschied von Gewohntem. Das kann zunächst wie ein Nachteil erscheinen. Sicher freute sich in Radolfzell niemand über die Schließung des Krankenhauses. Aber ist nicht ein geordneter Übergang zu hochwertiger, umfassender und noch immer gut erreichbarer Versorgung besser als eine unkontrollierte Insolvenz mit allen Nachteilen für Patientinnen und Patienten und Personal? Von den Kosten ganz zu schweigen. Die Schließung der Radolfzeller Klinik und die daraus folgende Bündelung von Kräften und Ausstattung in den Krankenhäusern Singen, Konstanz und Engen spart jährlich 4,5 Millionen Euro ein.

Notwendige Verbesserungen für Arztpraxen, die unter anderem einen Bürokratieabbau beinhaltet hätten, konnten nicht mehr beschlossen werden. Sie hätten den Ärztinnen und Ärzten ermöglichen sollen, wieder mehr Zeit für Diagnosen und Behandlungen aufzuwenden, und außerdem die Kassenbeiträge stabil gehalten.



Verfügungsprobleme bei Medikamenten machen vor allem denjenigen Angst, die auf die Mittel angewiesen sind. Nach den Engpässen im Herbst und Winter 2022 sind laut Wissenschaftlichem Institut der AOK inzwischen aber wieder 98,8 Prozent aller Medikamente erhältlich, für den Rest gibt es wirkungsgleiche Alternativen. Gleichwohl dürfen solche Versorgungslücken nicht mehr entstehen.

Unser Gesundheits- und Pflegewesen steht und fällt mit genügend qualifizierten Pflegekräften und Ärztinnen und Ärzten. Ohne ausländisches Personal bricht es zusammen. Die *AfD* will nun alle nicht-deutschen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weg-schicken. Dann wäre aber kaum noch jemand da, der sich um unsere Alten, Kranken und um uns selbst kümmert, wenn wir Hilfe brauchen.

Straßen **kaputt.**
Schulen **marode.**

Bahn **bankrott.**

Bröckelnde Brücken.

Steuern senken? Tolle Idee, aber:
Wer soll das bezahlen, wer hat so viel Geld?



14,2 Millionen Menschen sind von Armut betroffen. Die Ursachen dafür sind unter anderem steigende Mieten, hohe Energiepreise, gestiegene Lebensmittelpreise und stagnierende Reallöhne. Gleichzeitig haben reiche Menschen an Vermögen gewonnen, da Aktien und Immobilien enorme Wertsteigerungen erfuhren. Um für sozialen Ausgleich zu sorgen, müssen Steuerlasten und Vermögenswerte umverteilt werden.

*Soziale Gerechtigkeit herrscht,
wenn alle so viel beitragen,
wie sie können.*

Die Schere zwischen Arm und Reich klafft immer weiter auseinander. 80 Prozent unserer Gesellschaft beziehen geringe oder mittlere Einkommen. Sie besitzen zusammen jedoch nur 10 Prozent des Volksvermögens, die restlichen 90 entfallen auf vergleichsweise wenige Besserverdienende. Reiche haben ihr Vermögen meist nicht erarbeitet, sondern geerbt. Erbschaften werden effektiv nur mit 2,5 Prozent versteuert. Eine Vermögenssteuer fällt nicht an, sie ist seit 1997 ausgesetzt. Der Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer ist kontinuierlich gesunken, auf aktuell nur noch 42 Prozent.

Der Großteil der Einnahmen des Bundes speiste sich 2023 aus Umsatz-, Lohn- und Energiesteuer, allein die Verbrauchersteuer machte 40 Prozent aus. Den Staat finanzieren also größtenteils die Haushalte der Arbeitnehmenden. Finanziell schwächer gestellte Menschen werden sogar stärker belastet, weil sie ihr Einkommen fast vollständig ausgeben müssen, um über die Runden zu kommen.

Eine Familie mit einem Jahreseinkommen von 300.000 Euro aufwärts erhält nach den Vorstellungen der *AfD* Steuergeschenke, Familien mit weniger als 55.000 Euro kommen schlechter weg als bisher.

Die *AfD* macht Politik für Reiche. Sie stimmte gegen die Erhöhung des Mindestlohns, sie will Streikrecht und Tarifhoheit beschneiden, das Lieferkettengesetz abschaffen und das Bundestariftreuegesetz verhindern. Wachsende Ungleichheit gefährdet aber den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Mit der Zufriedenheit schwindet auch das Vertrauen der Menschen in den Staat. Wenn die Politik die Interessen der Vermögenden in den Vordergrund rückt, verleiht sie einer ohnehin bevorzugten Gruppe noch mehr Einfluss und unterhöhlt so die demokratische Grundidee, die davon ausgeht, dass alle Menschen gleich viel zu sagen haben sollten.



Suchen Sie gerade eine Wohnung?

Wie viel von Ihrem Gehalt geben Sie für Miete aus?

*Die Lage
auf dem Wohnungsmarkt
ist alarmierend.*

Wohnungen fehlen, die Mieten steigen und sind fast unbezahlbar geworden. In Konstanz günstigen Wohnraum zu finden, gleicht dem Gewinn des Lotto-Jackpots. Fachkräfte ziehen weg, weil sie hier keine Bleibe finden. Obwohl es großen Bedarf gibt, stehen Häuser seit Jahren leer oder werden nur zwei- bis dreimal im Jahr für Shoppingtours oder Kurzurlaube genutzt.

Die *AfD* lehnt staatliche Regulierungen wie Mietpreisbremse oder Mietendeckel ab. Den sozialen Wohnungsbau möchte sie abschaffen. Was passiert, wenn Häuser und Wohnungen mehr und mehr zu Investitionsobjekten werden? Wollen wir die Chancen auf bezahlbaren Wohnraum dem Spiel des freien Marktes überlassen?



Die Kosten für Neubauten sind exorbitant gestiegen. Die Preise für Ein- und Zweifamilienhäuser und Eigentumswohnungen haben sich laut *Statistischem Bundesamt* allein zwischen 2010 und 2022 um rund 94 Prozent verteuert. Die *AfD* behauptet, wenn wir Deutschland zu einem Land der Wohnungseigentümerinnen und -eigentümer machen, wäre das Problem der Wohnungsknappheit gelöst. Wer aber kann sich den Kauf einer Immobilie, Kredite und Instandhaltung überhaupt noch leisten?

Ohne sozialen Wohnungsbau und staatliche Förderung werden immer mehr Menschen abgehängt. Der Markt hat in den letzten Jahren am Bedarf der Menschen vorbei gebaut. Viele Luxusobjekte sind entstanden, jedoch kaum Wohnungen für Normalverdienende. Wohnen ist aber Menschenrecht, sozialen Wohnungsbau zu fördern, Aufgabe des Staates.

Es gibt viele Wege, um Profit aus Immobilien zu schlagen. Manche Grundstücke mit Baugenehmigungen werfen mehr ab, wenn die Gebäude darauf leerstehen und verfallen. Oder Immobilienkonzerne führen Luxussanierungen durch und bieten die aufgekauften Häuser danach als Investitionsobjekte für Reiche an. Die Deregulierung, die den Wohnungshandel an der Börse ermöglichte, führte zu maximal erhöhten Mieten und minimalen Investitionen in Instandhaltungen.

Trotzdem behauptet die *AfD*, der Markt werde schon alles regeln, und fordert, der Staat solle sich beim Wohnungsbau zurückhalten. Sie stimmte gegen jeden Vorschlag, Mietende konkret zu entlasten, ob Mietpreisbremse oder Vergesellschaftung großer Wohnungskonzerne.

Kein Wunder, dass die *AfD* in ihrem Programm die Interessen von Vermietenden und Großfirmen vertritt, versorgen die die Partei doch generös mit Spenden.

Lange verschief der Staat den Bau von Sozialwohnungen und zog sich aus dem Wohnungsbau zurück. Der Wohnungsmarkt war bereits vor dem Fluchtsommer 2015 stark angespannt. Geflüchtete verschärfen zwar den Mangel an vom Staat mitfinanziertem Wohnraum, aber weit weniger, als rechte Rattenfänger glauben machen wollen. Viele Schutzsuchende wohnen nach Anerkennung ihres Asylantrags weiter in Gemeinschaftsunterkünften – weil sie noch schwerer eine Wohnung finden.

Ein ausreichendes Angebot bezahlbarer Wohnungen würde allen helfen.



Wie

sorgen wir für stabile Preise
und beleben die Konjunktur?

Wann

ließen Sie zuletzt
Ihr Auto reparieren, nahmen den Bus,
wann brauchten Sie oder Ihre Angehörigen
ärztliche Hilfe, Kranken- oder Altenpflege?



Ohne florierende Wirtschaft gibt es keine Perspektiven. Verlässlichkeit und Zuversicht sind für eine Demokratie aber unverzichtbar. Wer Angst hat, wer um seine Existenz bangen muss, fällt leichter auf falsche Versprechungen herein. Spart der Staat zur falschen Zeit an der falschen Stelle, treibt er die Menschen Rechtsextremen in die Arme. So geschehen am Ende der Weimarer Republik: Die Deflationspolitik hatte Massenarbeitslosigkeit und Elend zur Folge, was den Aufstieg der Nazis befeuerte.

Wir dürfen die Fehler von damals nicht wiederholen.

„Als Folge der *AfD*-Wirtschaftspolitik sind 2,2 Millionen Arbeitsplätze bedroht“, so der *Internationale Währungsfonds* (IWF).

„Wenn weiter Fachkräfte und Arbeiterinnen und Arbeiter fehlen und Betriebe abwandern, droht ein Defizit im Bruttosozialprodukt von bis zu 100 Milliarden Euro“, warnt das *Deutsche Wirtschaftsinstitut*.

Konsequenzen, die angebliche Patriotinnen und Patrioten einfach hinnehmen? Dabei läuft nichts ohne die, die den Job machen. In Deutschland arbeiten etwa fast 80.000 Menschen aus Syrien als Fachkräfte und Beschäftigte. Sie alle will die *AfD* fortschicken. Sie „bedrohen die Reinheit des deutschen Blutes“, behauptet Herr Höcke. Hiesigen Firmen, die migrantische Kräfte beschäftigen wie der schwäbische Textilproduzent *Trigema*, wünscht er „wirtschaftliche Turbulenzen“, sprich: Arbeitsplatzverlust für alle, auch für deutsche Kolleginnen und Kollegen.

Bis 2030 erwartet das *Statistische Bundesamt* weitere 6 bis 7,5 Millionen Rentnerinnen und Rentner, denen gegenüber gehen höchstens 900.000 von den Schulen ab. Die Wirtschaft braucht also Zuwanderung. Beschäftigte arbeiten, entrichten Steuern, zahlen in Renten-, Kranken-, Pflegeversicherung ein (was Beiträge senkt), sie konsumieren. Ein höherer Mindestlohn würde die Kaufkraft steigern und die Sozialkassen entlasten, da Aufstockung entfiel. Die *AfD* lehnt dies ab.

Pandemie, Ukraine-Krieg, Energiekrise waren teuer. Der ökologische Umbau der Wirtschaft eilt, die Reparatur von Klimaschäden käme noch teuer.

Der Staat muss Investitionen in zukunftsweisende Projekte fördern. Wer Arbeitsplätze schafft oder erhält, braucht Kredite und Subventionen, keine Schuldenbremse.

Speziell auf dem Technologiesektor ist Einsatz geboten. Um mithalten zu können und uns von ausländischen Lieferfirmen unabhängig zu machen, brauchen wir rasch flächendeckenden Ausbau von Infrastruktur für Transport und Speicherung regenerativer Energie. Auf dem Papier fordern den alle demokratischen Parteien, nur *AfD* und *BSW* wollen zurück zu russischem Gas und Öl und Putin die Preisgestaltung überlassen.



Unternehmen brauchen Planungssicherheit, kein Wahlkampfgetöse. Die Konkurrenz im Ausland schläft nicht. Lassen wir uns nicht von rückwärts-gewandter Politik ins Abseits führen.

Woran denken Sie,
wenn Sie das Wort „Nazi“ hören?

Alles ganz **lange** her? **Weit** weg?

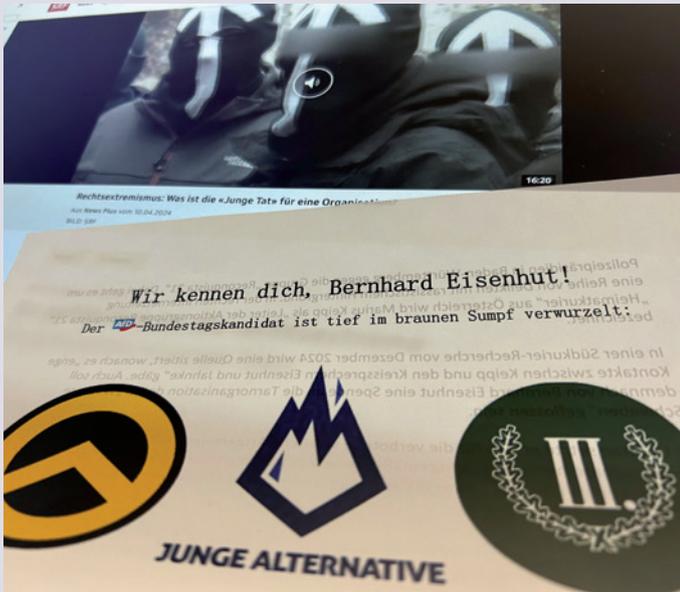


Nicht erst durch ihre Präsenz in einigen Kommunalparlamenten im Landkreis ist die *AfD* mit ihren rassistischen, sexistischen, homophoben und antisemitischen Äußerungen als rechtsradikale Partei bekannt. Sie bedient ausländerfeindliche Vorurteile und benutzt Stammtischparolen, um von ihrem eigentlichen Ziel, der Zerschlagung der Demokratie abzulenken.

Neben der *AfD* agiert in unserer Region deren Jugendorganisation, die *Junge Alternative*. Der Verfassungsschutz stuft die Gruppierung als gesichert rechtsextrem ein.

Auch der *III. Weg* in der Region Bodensee/Südbaden und die *Junge Tat* in der Schweiz sind mit militanten und zum Teil kriminellen Handlungen aktiv.

*Weitere Parteien und Organisationen
mit nationalsozialistischen Überzeugungen
sind in der Region aktiv!*



Der Nationalrevolutionäre III. Weg

Erst im November haben diese Neo-Nazis den Stützpunkt Bodensee/Südbaden gegründet. Zum III. Weg berichtet die Bundesregierung auf Anfrage der Partei Die Linke: Die Partei Der III. Weg berufe sich ideologisch unter anderem auf Elemente des historischen Nationalsozialismus und unterhalte Kontakte zu anderen rechtsextremistischen Gruppierungen und Einzelpersonen. Ihre Mitglieder rekrutiere sie vornehmlich aus dem neonationalsozialistischen Spektrum, „sodass zahlreiche Partei-anhänger als gewaltorientiert zu bezeichnen sind“. Aus strategischen Gründen verzichte Der III. Weg auf die Anwendung von Gewalt, so die Bundesregierung, schließe diese zum Beispiel im Fall von Konfrontationen mit dem politischen Gegner aber auch nicht aus.

Die Partei halte ihre Mitglieder daher an, sich in Kampfsport- und Selbstverteidigungstechniken zu üben.

Die Junge Tat in der Schweiz

Im Frühjahr 2024 ist ein neuer Diskriminierungsbericht in der Schweiz erschienen. In diesem warnt die Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus (GRA) explizit vor der Jungen Tat. Mehr als ein Viertel aller Diskriminierungsfälle gehe auf das rechtsextreme Milieu zurück und dort spiele die Junge Tat eine Hauptrolle.

Neben guten Verbindungen zur AfD, Jungen Alternative und Identitären Bewegung in Deutschland und Österreich hat die Junge Tat Verbindungen zu weiteren militanten Naziorganisationen, die in Deutschland zum Teil verboten sind, wie Blood & Honour, Eisern Luzern, den Hammerskins aber auch zu Gremium MC aus Dresden.

Die rechtsextremen Gruppierungen rüsten sich für den Kampf auf der Straße – eine Vorstellung, die einen erschauern lässt. Damit ist klar, was politisch Andersdenkende erwartet. Die AfD ist tief darin verstrickt. Sie steht der Demokratie feindlich gegenüber und will die politische Gegenseite mundtot machen, wenn sie es können. Deshalb ist es unabdingbar, die Demokratie auf allen Ebenen zu verteidigen.

Wer AfD wählt, wählt auch Einschüchterung, Bedrohung und gewalttätige Angriffe.

Wann ist jemand ein Nazi?

Ist, wer Rechtsradikale unterstützt
oder wählt,

selbst rechtsradikal?



AfD-Werbeplakat zur Bundestagswahl

Bernhard Eisenhut, Bundestagskandidat der *AfD*, setzt sich für einen sektenartigen, rassistischen, anti-semitischen Verein ein. Er pflegt direkte Verbindungen zur gewaltorientierten rechtsradikalen *Identitären Bewegung* (IB). Für eine Tarnorganisation der *IB* hat Eisenhut Geld überwiesen. Seinen *AfD*-Vorgänger im Landtag, Wolfgang Gedeon, darf man offiziell einen Holocaust-Leugner nennen. Eisenhut teilt sich ein Büro mit einem bekannten Rechtsradikalen, ein anderer fungiert im Kreistag als „rechte Hand“ der Partei.

11,3 Prozent derer, die 2021 zur Wahl gegangen sind, haben Bernhard Eisenhut in den Landtag gewählt.



Der *AfD*-Kreisverband Konstanz gründete sich 2013, ein Jahr nach der Bundespartei. Während auf Bundesebene Personal und Partei über die Jahre immer weiter nach rechts drifteten, positionierte sich der Konstanzer Kreisverband direkt rechts außen. Von Beginn an gehörte Holocaust-Leugner Wolfgang Gedeon zum Führungspersonal. Mit seinem Judenhass machte er bundesweit Schlagzeilen und beschmutzte damit nachhaltig Wahl- und Landkreis.

Auf Gedeon folgte der Pfandleiher, Gold- und Edelsteinhändler Bernhard Eisenhut. Sein Wahlvolk erhob ihn zum Berufspolitiker mit gutem Einkommen und Altersbezügen. Der Kreis- und Landtagsabgeordnete will nun auch in den Bundestag. Im Landtag setzte sich Eisenhut für die verbotene völkische *Die Artgemeinschaft – Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung* ein, laut Bundesinnenministerium „eine sektenartige, zutiefst rassistische und antisemitische Vereinigung“.

Ende 2024 flogen die Verbindungen der Konstanzer *AfD* und ihres Kandidaten Eisenhut mit der offen rechtsradikalen *IB* auf. Als Kontaktperson für einen Verband der damaligen Jugendorganisation der *AfD* führte deren Homepage Marius Keipp an. Er vertrat die *Junge Alternative* (*JA*) im von der *AfD*-Bundesvorsitzenden Alice Weidel geführten Bodenseekreis, in Ravensburg und in Konstanz, Eisenhuts Wahlkreis. Keipp ist zugleich als Aktivist der *IB* bekannt, die er mehrfach öffentlich vertrat. Nach Bekanntwerden der Verflechtung löschte der *JA*-Landesvorstand den Eintrag. Uns liegt er vor.

Im Landkreis Konstanz sind *AfD* und *JA* eng verflochten. Als „rechte Hand“ der Kreistagsfraktion agiert Tim Demuth, zugleich Beisitzer im *JA*-Landesvorstand Baden-Württemberg. Bei einem Geheimtreffen von Rechtsradikalen im schweizerischen Kloten im Dezember 2024, durchgeführt von der rechtsradikalen, gewaltbereiten Organisation *Junge Tat*, moderierte Demuth.

Südkurier-Recherchen zufolge bot Eisenhut der *JA* in Singen eine Bürogemeinschaft an. Zudem flossen Zahlungen von Eisenhut an die *Wackeren Schwaben*, heute *Reconquista 21*, über die der SWR berichtet: „Mehrere Polizeipräsidien in Baden-Württemberg ermitteln gegen die Gruppe *Reconquista 21*, die vom Landesamt für Verfassungsschutz der rechtsextremen *Identitären Bewegung* in Baden-Württemberg zugeordnet wird. Dabei geht es um eine Reihe von Delikten mit rassistischem Hintergrund.“

**Sage niemand, er oder sie habe es nicht gewusst:
Die *AfD* im Landkreis Konstanz ist Teil des rechtsradikalen Sumpfs.**

Frauen zurück an den Herd?

Was sind **Tradwives**
und woher kommt die neue Nostalgie
für die brave Hausfrau?

Frauen, zieht euch warm an, die 50er-Jahre klopfen an. Sie bringen ein Wahlprogramm von Frauenverstehern mit. Mit einfachen Lösungen für eine zu komplex gewordene Welt. Was steckt wirklich hinter der Rückkehr zur traditionellen Rolle der Mutter und Hausfrau? Gibt es abseits der sozialen Medien tatsächlich so viele Frauen, die ihre Existenzberechtigung im täglichen Mahlen von frischem Weizenmehl sehen? Die traditionelle Frau braucht keine Gleichstellungsbeauftragte. Weg mit Selbstbestimmung, Bildung und Chancengleichheit. Eine „natürliche Ordnung“ ist die Lösung!

Es fehlt einzig die Freiheit, das höchste Gut. Das benötigen Frauen nicht mehr, wenn sie das „männliche“ Lebensmodell nach dem AfD-Wahlprogramm unterstützen.



*Stellen Sie sich vor,
es sind Wahlen und Sie
dürfen nicht hin.*

Zum ersten Mal wählen durften Frauen bei den Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung 1919 in Weimar. Unter den Kandidierenden waren 300 Frauen, davon schafften es 37 in die Deutsche Nationalversammlung, immerhin eine Quote von 9 Prozent.

1933 wurde den Frauen das passive Wahlrecht erneut entzogen. Sie durften wählen, aber nicht selbst für ein Amt zur Wahl antreten. Zum Ende der Nazi-Herrschaft im Jahre 1945 wurde diese Einschränkung wieder aufgehoben.

Erst viele Jahre später, im Jahr 1977, durften sie ohne Erlaubnis des Ehemannes arbeiten gehen. Die sogenannte Hausfrauenehe wurde abgeschafft, die Verpflichtung, den Haushalt zu führen, wurde aufgehoben.

Alte Werte als neuer Kurs der Gegenwart?

Der aktuelle Trend der Tradwives, der „traditionellen Ehefrauen“, spielt den patriarchalen, antifeministischen Strömungen in die Hände. Vermeintlich harmlose Videos auf YouTube und sämtlichen Social-Media-Kanälen von Influencerinnen, die scheinbar mühelose Tätigkeiten in der Küche zelebrieren, zeigen vor allem eins: ein rückständiges Frauenbild. Während das Baby im Arm gehalten wird, wird der Sauerteig geknetet und die Kartoffeln für selbstgemachte Chips geraspelt. Top gestylt für Millionen von Zuschauern, wird teilweise modern, teilweise wie vor 100 Jahren dafür gesorgt, „dass er immer gut drauf ist, indem ich ihm etwas Leckeres zu essen mache“.

Das Gefährliche daran ist: Es geht nicht einfach nur darum, sich für ein Hausfrauenleben zu entscheiden. Es geht um ein Machtgefälle, das oft mit der rechten Ideologie verbunden ist. Unter dem Deckmantel einer heilen Welt wird der Sinn des Lebens erklärt: dem Mann zu dienen.

Damit schließt sich der Kreis. Die Frauen im Nationalsozialismus waren genau das, was der obige Trend beschreibt: wirtschaftlich abhängig und in völliger Ignoranz der Realität.

Dass Mädchen heute Ärztin, Unternehmerin oder Ingenieurin werden können, ist ein Gewinn für die ganze Gesellschaft. Die moderne Frauenbewegung ist eine Gefahr für die alten patriarchalen Muster. Fest steht, dass ein Rückschritt in die Vergangenheit unsere Probleme nicht löst.



**„We’re not going back!“ – Kamala Harris.
Wir kehren nicht zurück!**

Lasst ihr uns **allein?**

Wer jung und queer ist, findet außerhalb der Großstädte oft keine Heimat. Auch in der Region in und um Konstanz bestimmen in vielen Bereichen Stigmatisierung und fehlende Freiräume den Alltag. Hier gibt es wenig Sichtbarkeit und viel Unsicherheit im Umgang mit dem Thema.



Wo geht es hin?

Tatsächlich zieht es viele junge Queere auf der Suche nach Freiheit und Akzeptanz in die Großstädte. Zurück bleibt eine deutlich homogenere Bevölkerung, die der Veränderung traditioneller Rollenmuster skeptisch gegenübersteht. Manche Menschen fühlen sich in ihrer Weltsicht so bedroht, dass sie ihren Protest in die Wahlkabine tragen. Doch die wahre Bedrohung ist nicht die Vielfalt, sondern eine Engstirnigkeit, die andere Lebensformen ablehnt und rechtes Gedankengut nährt.

Queer ist ein englischer Begriff für Menschen, deren Geschlecht oder Liebe nicht den Vorstellungen von „Mann und Frau“ oder „nur Männer lieben Frauen und umgekehrt“ entspricht. Dies sind zum Beispiel schwule, lesbische oder trans* Menschen.

In allen Kulturen und zu jeder Zeit gab es queere Menschen. Antike Texte, Kunstwerke und religiöse Überlieferungen belegen dies. Heute ist die Diskussion darüber so aufgeladen, dass sogar die Frage von genderneutralen Toiletten ein Politikum ist. Vergessen wird dabei völlig, dass es in Flugzeugen, in der Bahn und in unserem Zuhause immer schon genderneutrale Toiletten gab und gibt.

Und was ist mit der geschlechtergerechten Sprache? Das freiwillige Gendern macht die Vielfalt der Geschlechter in der Sprache sichtbar. Mehr ist es nicht, Inklusion statt Ausgrenzung.



Queer als Kampfbegriff

Alice Weidel hat ihren Wahlkreis am Bodensee, einen Wohnsitz in Überlingen und lebt mit ihrer Lebenspartnerin und zwei Kindern in Einsiedeln (Schwyz).

In Interviews betont die Kanzlerkandidatin der *AfD*, dass sie sich nicht als queer bezeichne, was in der queeren Gesellschaft für allgemeine Belustigung sorgt. Obwohl sie in einer gleichgeschlechtlichen Beziehung lebt, hält sie diese Frage nicht für relevant. Warum? Die *AfD* hat das queerfeindlichste Programm aller Parteien in Deutschland, für diesen Spagat ist die Abgrenzung mit sprachlichen Ablenkungsmanövern durchaus hilfreich.

Die *AfD* reduziert Diskussionen über die Rechte queerer Menschen oft auf ein Entweder-Oder: Entweder man unterstützt traditionelle Familienwerte oder man ist gegen die Gesellschaft. Die Vereinfachung eines komplexen Themas ist verführerisch, manipulativ und dient der Spaltung.

Was können wir gegen die Spaltung tun?

Wir können Verbündete sein und queere Menschen gegen Diskriminierung unterstützen. Das beinhaltet, dass wir zuhören, Vorurteile hinterfragen und solidarisch an ihrer Seite stehen, auch wenn man selbst nicht queer ist.

Personenschutz für die Menschenwürde

„Leisten wir alle **Widerstand**,
wenn Menschenwürde
und Menschenrechte in Gefahr geraten!“
(Deutsche Bischofskonferenz)

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Dieser Artikel steht am Anfang des Grundgesetzes, weil die deutsche Geschichte zeigt: Die Würde des Menschen wurde angetastet, millionenfach.

Die *AfD* will Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit Behinderung, queere Menschen absondern und geflüchtete Menschen ausgrenzen, abschieben, deportieren. Für sie ist nur unantastbar, wen sie für würdig erachtet. Deutsche wissen aus Erfahrung: Eine Partei, die die unantastbare Würde aller Menschen infrage stellt und aussucht, wem sie die Würde zuspricht – eine solche Partei ist brandgefährlich.



*„Die Menschenwürde ist der Glutkern
des christlichen Menschenbildes und der Anker
unserer Verfassungsordnung.“* (Deutsche Bischofskonferenz)

Völkischer Nationalismus

Die katholischen Bischöfe warnen unmissverständlich: „Völkischer Nationalismus und Christentum sind unvereinbar.“ Für die *AfD* ist Deutschland eine „Abstammungs- und Blutsgemeinschaft“. Wer ihr nicht angehört, soll weniger Rechte haben.

Dies widerspricht den Grundüberzeugungen der christlichen Ethik. Der zufolge ist jeder Mensch Gottes Geschöpf und Ebenbild.

Leben schützen

Die *AfD* tritt für ein Abtreibungsverbot ein. Denn deutsche Kinder sollen geboren werden. Die *AfD* sorgt sich nicht um den Schutz des Lebens. Sie macht Bevölkerungspolitik. Sie will Frauen beherrschen und den Frauenkörper kontrollieren.

Der Schutz des Lebens ist kein Instrument der Bevölkerungspolitik und darf nicht auf das ungeborene Leben begrenzt werden. Wer Leben wirklich schützen will, muss auch das geborene Leben schützen – das von Frauen, und auch das von Migrantinnen und Migranten.

Migrantinnen & Migranten – Botschafter weltweiten Unrechts

Die *AfD* fordert die millionenfache Vertreibung von Menschen mit Migrationshintergrund. Deren Remigration sei „keine Drohung, sondern ein Versprechen“ (Steffen Kotré, MdB / *AfD*).

Der Schutz der Fremden gehört zu den zentralen ethischen Verpflichtungen in der Religion der Bibel.

Eine Partei, die vor Krieg, Verfolgung, Not und Bomben geflüchteten Menschen jegliche Sympathie und Solidarität aufkündigt, ist für Christinnen und Christen nicht wählbar.



Klimawandel – menschengemacht

Die *AfD* leugnet den wissenschaftlich belegten Klimawandel und spricht von „Klimaideologie“ (Alice Weidel, MdB / *AfD*).

Nach der christlichen Ethik sind Menschen verantwortlich für den menschengemachten Klimawandel. Sie müssen die aktuelle Umweltkrise bekämpfen und verantwortungsvoll mit der Erde umgehen.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist in der *AfD* Programm. Sie steht gegen das Gebot der Nächstenliebe und vergiftet mit ihren Hetzparolen die Gesellschaft.

Wer rechtsextreme Parteien wählt, stellt sich gegen die Grundwerte des menschlichen Zusammenlebens und der Demokratie.

Der völkische Nationalismus der *AfD* ist unvereinbar mit christlicher Ethik.

Ist Gleichberechtigung von Menschen mit Behinderung
„linke Ideologie“?

Fördert **Inklusion**
nur die Schwachen?



*Meine Erfahrungen
mit Inklusion in der Schule*
(Christina Herbert-Fischer)

„Seit über zehn Jahren arbeite ich als Schulbegleiterin in Konstanz an verschiedenen Schulen. Die Voraussetzungen zur Umsetzung von Inklusion variieren, an meiner aktuellen Schule sind die Bedingungen sehr gut. In meiner Klasse sind etwa 25 Prozent der Schülerinnen und Schüler inklusiv beschult. Das Team besteht aus einer Klassenlehrerin, einer Sonderschulpädagogin und zwei Schulbegleitungen. Diese Struktur sorgt für bestmögliche Unterstützung der Kinder.

Sie sind so hervorragend integriert, das geht weit über die Sozialkompetenz hinaus. Besonders deutlich wird dies in Gruppenarbeiten. Hier unterstützen stärkere Schülerinnen und Schüler oft die anderen. Das fördert nicht nur gegenseitiges Verständnis, sondern auch die kognitiven Fähigkeiten aller Beteiligten. Wenn Schüler einander erklären, vertiefen sie Wissen und Können. Diese interaktive Lernatmosphäre ist für alle eine Bereicherung.“

Derzeit (Stand Dezember 2024) betreuen in Stadt und Landkreis Konstanz etwa 180 Schulbegleitungen vom *Fachdienst Inklusion und Schule des Caritas Verbands Konstanz e.V.* insgesamt um die 220 Kinder und Jugendliche in allen Schulformen.

Was die AfD-Politik für Kinder und Erwachsene mit Behinderungen bedeutet

Die *AfD* lehnt verpflichtende Inklusionsmodelle ab und bezeichnet sie als „ideologisch motivierte Gleichmacherei“. Kinder mit besonderen Bedürfnissen sollen stattdessen in separaten Förderschulen unterrichtet werden.

Studien belegen: Das Konzept, dass alle gemeinsam im Rahmen ihrer Möglichkeiten lernen, in unterschiedlichem Tempo und auf unterschiedlichem Niveau, hat sich im Laufe der Jahre bewährt. Die Stärkeren lernen nicht weniger als vorher, Sozialverhalten und Teamwork werden gefördert.

Auch im Berufsleben drohen Einschnitte

Gesellschaftliche Teilhabe ist ein Menschenrecht. Die Ablehnung von Inklusion als „Irrweg“ (Björn Höcke) hat ebenso Folgen für die Arbeitswelt. „Schwerbehinderte Menschen sind gut qualifiziert und sie arbeiten in allen Branchen, besonders häufig im Verarbeitenden Gewerbe oder im Öffentlichen Dienst“, schreibt das *Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW)*. Werden Zuschüsse gekürzt, fehlt die Unterstützung, auf die sie angewiesen sind, bleiben viele dieser Stellen unbesetzt, einem großen Teil der Bevölkerung wird die Arbeit verwehrt. Manchmal scheitert es nur an einer behinderten-gerechten Toilette. Das *IW* erläuterte, schon ein Blick in die Arbeitsmarktstatistik zeige, wie unverzichtbar Menschen mit Behinderungen für Wirtschaft und Gesellschaft seien.

Zuletzt waren 1,33 Millionen Menschen mit Schwerbehinderung auch in kleineren Unternehmen beschäftigt.

Die *AfD* propagiert in ihrem Wahlprogramm ein Menschenbild, das den „deutschen Volkskörper“ betont und Minderheiten oft als „fremd“ oder „nicht dazugehörig“ darstellt. Ihre Ablehnung einer umfassenden Integration von Menschen mit Behinderungen und anderen marginalisierten Gruppen, die Vorstellung von Gesellschaft als homogenem, ethnisch und kulturell einheitlichem Raum hatten wir in unserer Geschichte schon einmal.

Wehrt den Anfängen und lasst uns für das kämpfen, das unsere Demokratie ausmacht!



Jahrhundert- hochwasser

oder das Jahrhundert der Hochwasser?

Der Ausbau erneuerbarer Energien ist im vollen Gange. Diese Transformation wird jede demokratische Partei, egal in welcher Koalition, fortsetzen müssen, damit Deutschland im globalen Wettbewerb mithalten kann. Die Strompreise können so stabiler und von steigenden Rohstoffpreisen unabhängiger werden. Noch lässt sich der Klimawandel verdrängen. Die Bilder von immer häufiger auftretenden Wetterextremen werden uns das allerdings nicht mehr lange erlauben.

*Wenn wir ehrlich zu uns sind,
ist Klimaschutz
die dringlichste Aufgabe unserer Zeit.*



Wer im Frühling 2024 durch die Orte der Höri spazieren ging oder hier ins Gespräch mit Menschen kam, musste sich sehr wundern: Die Straßen waren vor den Gemeinderatswahlen mit irreführenden Wahlplakaten und abstrusen Fake News gegen die geplante Windkraft zugehängt. Einige Leute schienen plötzlich den Klimawandel skeptisch zu sehen. Andere sprachen sich wie selbstverständlich für eine Rückkehr zur Atomkraft aus.

Extrem verstörend an solchen Ideen ist, dass diese Vorschläge nicht wirklich zu Ende gedacht sind. Erstens würde das zu einer massiven Verteuerung von Strom führen, und zweitens: Wo sollen diese neuen Atomreaktoren bitte stehen? Wer garantiert, dass die Bevölkerung dann dort nicht auch aus guten Gründen gegen den Bau von Atomreaktoren protestieren würde? Das größte Problem der Atomkraft liegt jedoch an ganz anderer Stelle, denn noch sind keine Endlager für bereits vorhandenen stark gesundheitsschädigenden bis tödlichen radioaktiven Müll gefunden. Ebenfalls erschreckend: Es gibt wissenschaftliche Hinweise auf eine steigende Krebsrate bei Kindern, die im Umfeld von Atomreaktoren aufwachsen. Aus guten Gründen und nach dem Schock der atomaren Katastrophen von Tschernobyl und Fukushima hatte die Bundesregierung unter der CDU den Ausstieg aus der Atomkraft im Jahr 2011 beschlossen.

Mit der Wind- und Solarkraft haben wir, anders als es uns die Desinformationen der rechtsextremen Kräfte weismachen wollen, bereits zukunftstaugliche Techniken für verantwortungsvolle Energieerzeugung. Nun kommt es neben dem Ausbau der Erneuerbaren und des Stromnetzes darauf an, Speicherkapazitäten zu schaffen und sinnvolle ergänzende Energieformen zu installieren. Atomkraft gehört nicht dazu. Die AfD dagegen schürt blindlings Angst vor erneuerbaren Energien und hat im Übrigen auch kein Interesse an der Klimarettung. Sie steht als Klimawandelleugnerin dem globalen wissenschaftlichen Konsens, dass der Klimawandel vom Menschen verursacht ist, skeptisch bis ablehnend gegenüber.



Wollen wir

halbleere Supermarktregale wie in England?

Holländischen oder französischen Käse,
italienischen Wein, spanische Tomaten,
portugiesische Orangen,
griechische Oliven und Olivenöl – nicht im Angebot
oder viel zu teuer?

Konkurrenz und Feindschaft mit den Nachbarländern?



Wirtschafts- wie außenpolitisch ging es den Menschen in Deutschland nie besser als seit Bestehen der Europäischen Union. Wir können uns importierte Waren leisten, da keine Zölle sie verteuern. Unsere Landwirtinnen und Landwirte und Unternehmen können ihrerseits ihre Produkte im europäischen Ausland gut verkaufen, da auch darauf keine Zölle anfallen.

Die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU-Länder hat uns Jahrzehnte in Frieden und Sicherheit ermöglicht, länger als je zuvor. Wollen wir all das riskieren?

Bloß nicht!

Ein „Dexit“ löst keine Probleme, im Gegenteil. Deutschland bezahlt zwar die höchsten Nettobeiträge in der EU, profitiert aber auch am meisten: 6,9 Milliarden Euro Fördergelder fließen, Stand 2023, pro Jahr nach Deutschland, davon 6,3 Milliarden in die Landwirtschaft. Der gesamte EU-Agraretat umfasst 54 Milliarden, die übrigen 27 EU-Mitgliedsstaaten erhalten also im Schnitt je nur 1,8 Milliarden.

Ein kleinerer deutscher Landwirtschafts- oder Obstbaubetrieb mit 50 Hektar Land erhält jährlich 15.270 Euro Grundförderung aus EU-Mitteln, dazu Sonderzahlungen und Prämien. Ein Großbetrieb mit 500 Hektar erhält etwa 130.000 Euro. Nach einem EU-Austritt, wie die *AfD* ihn will, entfallen diese Zuschüsse. Die *AfD* plant zudem, alle innerstaatlichen Förderungen wie Agrardiesel zu streichen und setzt rein auf Wettbewerb – bei infolge von Zöllen geringerer Konkurrenzfähigkeit und höheren Preisen für Dünge- und Pflanzenschutzmittel. Ob die *AfD* Bauernproteste zulässt?

„Ein Austritt aus der EU und der Währungsunion wäre für uns eine wirtschaftliche Katastrophe“, so Bundesbankpräsident Nagel. Der *Internationale Währungsfonds* warnt: „Würde Deutschland aus der EU und der Währungsunion austreten, könnte es 10 Prozent seiner Wirtschaftskraft verlieren.“ 2,2 Millionen Arbeitsplätze wären bedroht.



Über die Hälfte der deutschen Exporte geht in EU-Länder. Was der *AfD* vorschwebt, heißt: Zollkontrollen, LKW-Staus an den Grenzen, längere Lieferzeiten, reduziertes Warenangebot, steigende Preise, weniger Ausfuhren, Wirtschaftseinbruch, Arbeitsplatzverlust, sinkende Kaufkraft, geringerer Lebensstandard. Bei Abschaffung der Mietpreisbremse, ebenfalls eine *AfD*-Forderung, bleibt noch weniger Geld zum Einkaufen.

Nicht zuletzt sichert eine starke europäische Gemeinschaft den Frieden. Putin lenkte mit seinen Aktivitäten in Syrien und der Ukraine Flüchtlingsströme nach Europa. Jetzt lässt er Falschmeldungen verbreiten und bezahlt *AfD*-Politiker, damit sie unsere Gesellschaft und möglichst ganz Europa per Angstmake, Hass und Hetze destabilisieren. Gegen ein schwaches Europa hätte Putin leichtes Spiel.

Impressum



Herausgeber und verantwortlich:

Bündnis „Konstanz für Demokratie – klare Kante gegen rechts in Stadt und Landkreis“
Katrín Brüggemann und Anselm Venedey
unter <https://konstanz-fuer-demokratie.de/impressum/>
orga@konstanz-fuer-demokratie.de

Umsetzung:

Arbeitsgruppe Kommunikation und Medien
(Konstanz für Demokratie)

in Kooperation mit apfelX Design GmbH, Allensbach

Auflage 15.000

© Februar 2025

Bildquellennachweis:

AfDnee: Seiten 26 und U4. Bündnis Konstanz für Demokratie:

Seiten 2, 5, 7, 9, 11, 12, 15, 16, 20, 21, 22, 23 und 24.

Canva: Seiten 6, 10, 18 und 19.

Didactmedia: Seite 28.

Landesamt für Verfassungsschutz, Stuttgart: Seite 17,

Shutterstock: Seiten U2, 3, 4, 8, 13, 14, 25, 27 und 29.

Kooperationspartner im Landkreis

Höri gemeinsam für Demokratie | www.hoeridemokratie.de | cemrifat@web.de

Bündnis Demokratwiel | hallo@demokratwiel.de

Kulturbrücke Stockach e. V. | info@kulturbruecke-stockach.de

Bürgerbündnis Radolfzell für Demokratie | brd-radolfzell.de | info@brd-radolfzell.de



Wer sind wir ?

Im Januar 2024 protestierten über 15.000 Menschen in Konstanz gegen rechts. Daraufhin gründete sich unsere Initiative *Konstanz für Demokratie – Klare Kante gegen rechts in Stadt und Landkreis* als Bündnis von Einzelpersonen aus der Zivilgesellschaft. Die Konstanzer Gesichter des Gründungsteams sind Katrin Brüggemann und Anselm Venedey.

In mehreren Demokratie-Bündnissen in den Gemeinden des Landkreises arbeiten seither Menschen, um der Mehrheit eine Stimme zu geben und unsere Demokratie und die Vielfalt in unserem Landkreis zu verteidigen.

Die Bündnisse stehen allen Menschen offen, die sich für Demokratie und gegen rechts einsetzen wollen. Mit dem Ziel, möglichst viele Menschen für die anstehende Bundestagswahl zu mobilisieren. Damit der Rechtsextremismus in unserer Region keine Chance hat und wir auch in Zukunft offen und frei zusammenleben können. Das Bündnis soll jedoch auch über die Wahlen hinaus bestehen bleiben und sich als eine zivilgesellschaftliche Stimme in der Region etablieren.

Der Wahl- und Landkreis Konstanz steht für Offenheit, Solidarität und Respekt. Wir wollen nicht tatenlos zusehen, wie die *AfD* ihre Hetze im Landkreis verbreitet. Wir möchten stattdessen proaktiv ein Zeichen setzen und mit einer Vielzahl von Aktivitäten immer wieder unseren Standpunkt aufzeigen: Demokratie und *AfD* passen nicht zusammen.

Unterstützen Sie unsere Arbeit für Demokratie und Vielfalt!

Diese Zeitschrift ist ein Gemeinschaftsprojekt, das viel Engagement und Herzblut fordert – aber auch finanzielle Mittel. Der hochwertige Druck, die Verbreitung und die Organisation dahinter sind nur mit Ihrer Unterstützung möglich.

Wir sind ein Bündnis aus engagierten Menschen, die sich für eine starke Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt einsetzen.

Mit Ihrer Spende helfen Sie uns, die Kosten für den Druck und weitere Ausgaben zu decken – damit wir auch in Zukunft wichtige Themen aufgreifen und sichtbar machen können. Jeder Euro zählt und hilft.

So können Sie spenden:

Empfänger: VVN BdA Konstanz e.V.

Verwendungszweck: Konstanz für Demokratie

IBAN: DE47 6925 0035 0003 6423 03

BIC: SOLADES1SNG

Die Spenden sind steuerlich absetzbar und kommen direkt bei uns an. Mit dem „Viel-Augen“-Prinzip sorgen wir für Transparenz und einen verantwortungsvollen Umgang mit den Mitteln.



Weitere **Informationen,**
Hintergründe und Quellen ...

... zu den Themen dieses Magazins
finden Sie hier.



Demonstration

8. Februar 2025, 15 Uhr, Herosépark, Konstanz



Von Jung
bis Alt:



**Gemeinsam
für Demokratie**
UNSERE



**ICH WOLLTE
MEHR
MEINUNGS-
FREIHEIT.
JETZT
GIBT ES
NUR NOCH
FALSCH-
MELDUNGEN.**

Dana Jäger, Auszubildende
November 2025

Die AfD arbeitet gezielt mit Falschinformationen. Gegenmaßnahmen nennt sie „Zensur“ und will sie wieder abschaffen. Die AfD schürt Wut, Angst und Verunsicherung, verunglimpft ihre Gegner und Medien. So verhindert sie sachlichen Austausch und schadet der Demokratie.

Quellen: Deutschlandfunk, Berliner Zeitung, AfD-Programm zur Bundestagswahl 2025

Mach den Faktencheck auf [Afdnee.de](https://afdnee.de)

#Afdnee

Es geht nicht gegen die da oben, es geht gegen Dich.
#Afdnee

Mach den Faktencheck.

Bernhard Eisenhut, AfD-Kandidat im Wahlkreis Konstanz, behauptet auf einer Podiumsdiskussion am 14. Januar 2025 in Hegne: Flüchtlinge aus allen Regionen machen Urlaub in ihren Herkunftsländern.

Faktencheck: Flüchtlinge im Asylverfahren oder schutzbedürftig nach der UN-Flüchtlingskonvention können nicht wie wir einfach visumsfrei über Landesgrenzen hinweg reisen. Zudem würde dies zum Widerruf des Schutz- und Aufenthaltsstatus in Deutschland führen. Für Menschen aus der Ukraine gelten Sonderregelungen.

(Bundesamt für Migration und Flüchtlinge)

